

Sa 05.06.2021

Antrag zum KiTa-Kosten-Vorschlag

Sehr geehrter Herr Böhling,

die Freien Bürger stellen zum KiTa-Kosten-Vorschlag den
Antrag, eine neue Vereinbarung auf der vorgeschlagenen Grundlage abzulehnen und die Aufgabe KiTas stattdessen an den Kreis zurückzugeben.

Begründung:

Laut Vorschlag für eine neue Vereinbarung zur Aufteilung der KiTa-Kosten zwischen Kreis und Kommunen sollen die Kosten 50:50 aufgeteilt werden. Klingt erstmal fair, eigentlich genau das, was Schortens wollte! Oder?

Sehen wir uns die Zahlen für Schortens genauer an: Von 6 Mio. € Kosten gelten nur 5 Mio. € als „anrechnungsfähig“, warum auch immer. Da bleibt Schortens auf der ersten Million sitzen. Und 50% gibt es nur im Schnitt für alle Kommunen. Wir liegen mit unseren Kosten aber 1 Mio. € über dem Schnitt. Da bleibt Schortens auf der zweiten Million sitzen. Im Ergebnis bekommt die Stadt nicht, wie von allen gefordert und wie auch nötig, 3 Mio. € von 6 Mio. € tatsächlichen Kosten, sondern nur 2 Mio. € von 4 Mio. „anrechenbaren“ und durchschnittlichen Kosten. Wir bleiben also auf 4 Mio. € von 6 Mio. € tatsächlichen KiTa-Kosten sitzen. Das ist gemessen an dem, was wir brauchen, zu wenig.

Die neue Vereinbarung würde Schortens zwar um mehr entlasten, als die Stadt bisher vom Kreis bekommen hat, verhilft uns aber nicht aus der Schuldenfalle. Laut Berechnung der Verwaltung haben wir die nächsten Jahre dann immer noch kein Geld, um Investitionen anders als über neue Schulden zu finanzieren. Das heißt, die Schulden steigen bis Ende 2024 wie bisher ungebremst von derzeit 20 Mio. € auf knapp 30 Mio. € und von da an vermutlich weiter. Diese ständig steigenden Lasten sind vor allem Jüngeren, die das alles einmal übernehmen, nicht zumutbar.

Allein mit dem Kreis nachverhandeln ist zwecklos, weil der Kreis einer einzelnen Kommune nicht mehr zugestehen kann und wird, als er mit allen zusammen gerade erst ausgehandelt hat. Wenn die Stadt nicht dauerhaft auf 4 Mio. € KiTa-Kosten, die wir uns nicht leisten können, sitzen bleiben will, bleibt als Lösung nur, die Aufgabe KiTas, die ohnehin eigentlich Kreissache ist, an den Kreis zurückzugeben. Nur das bringt die nötige Entlastung.

Der Kreis wird im Gegenzug die Kreisumlage für Schortens erhöhen, das ist auch legitim. Da der „anrechenbare“ und durchschnittliche Eigenanteil, den wir nach dem jetzt gewählten Modell angeblich nur tragen und somit auch nur an den Kreis zurückgeben können, unsere 50%ige „Interessensquote“, aber nur 2 Mio. € beträgt, kann die Kreisumlage für uns im Gegenzug auch nur um 2 Mio. € erhöht werden. Statt dauerhaft 4 Mio. € KiTa-Kosten schultern zu müssen, zahlen wir dann 2 Mio. € mehr Kreisumlage und entlasten die Stadt im Ergebnis um 2 Mio. €.

Das wird unsere Finanzsituation nachhaltig verbessern. Ab sofort werden wir notwendige Investitionen wieder ohne zusätzliche Schulden tätigen und die derzeit 20 Mio. € Schulden sogar nach und nach auch abbauen können.

Ein Nachteil für Kinder und Eltern entsteht durch Rückgabe der KiTas an den Kreis nicht. Der Kreis betreibt in Schortens ja auch Schulen und Sportstätten, ohne dass dies von Nachteil für die Schortenser wäre. Im Gegenteil: In der Regel stehen dem Kreis, weil er über die Höhe der Kreisumlage bestimmt, mehr Mittel für seine Einrichtungen zur Verfügung, als die Stadt hat. Und wenn der Kreis künftig Kirchen oder Rotes Kreuz mit dem Betrieb seiner KiTas beauftragt, ist das nicht anders und nicht schlechter, als was die Stadt seit Jahrzehnten mit drei KiTas in Heidmühle und Roffhausen macht. Da sind nie Klagen gekommen.

Freundliche Grüße
Janto Just
Wählergruppe Freie Bürger